

## **Misstrauensantrag gegen Laska mit SP-Mehrheit abgelehnt**

Opposition übte im Gemeinderat heftige Kritik an Laska

Wien - Der Misstrauensantrag gegen Vizebürgermeisterin Grete Laska (S) ist am Mittwoch im Wiener Gemeinderat - erwartungsgemäß - mit SPÖ-Mehrheit abgelehnt worden. Grüne, ÖVP und FPÖ hatten ihn eingebracht, weil sie Laska die politische Verantwortung für das "völlige Fiasko" bei der Neugestaltung des Riesenradplatzes im Wiener Prater anlasten. In der Debatte setzte es erneut heftige Kritik an ihr. "Ich bedaure wirklich zutiefst, dass es so weit kommen musste", sagte die Klubobfrau der Grünen, Maria Vassilakou. Die Optik bei dem Prater-Projekt sei in jeder Hinsicht verheerend. Laska sei für die schlechte Firmenkonstruktion verantwortlich, habe die Aufsichtspflicht nicht wahrgenommen und jedes Vertrauen in ihr Krisenmanagement und ihre Lösungskompetenz verspielt. Deswegen habe man den Misstrauensantrag einbringen müssen.

Die ÖVP hielt Laska vor, dass die Leistungsfähigkeit und Bonität des Generalunternehmers Explore 5D nicht geprüft worden sei. "Das ist die politische Verantwortung der Frau Vizebürgermeisterin Laska, und zu dieser politischen Verantwortung hat sie zu stehen", so VP-Klubobmann Matthias Tschirf. Die Auswahl dieser Firma sei offensichtlich auf ihre Intervention erfolgt. Ähnlich die Kritik der FPÖ. Es sei fragwürdig, wie der Generalunternehmer trotz mangelnder Referenzen zu diesem Auftrag gekommen sei, so Gemeinderat Wolfgang Jung. Es seien nun 25 Firmen im Vertrauen auf die Stadt Wien in größten finanziellen Schwierigkeiten.

Für die SPÖ wies Gemeinderat Heinz Vettermann die Kritik zurück. Laska sei "keine Chefbuchhalterin", meinte er zum Vorwurf mangelnder Kontrolle. Die Vorwürfe der Grünen hätten sich sämtlich als unrichtig erwiesen, der Misstrauensantrag sei "ein letzter Versuch, politisches Kleingeld zu wechseln". Die Abstimmung über den Misstrauensantrag erfolgte gegen den ursprünglichen Wunsch der Opposition durch Handheben. Eine geheime Abstimmung sei gar nicht möglich, weil sie laut Geschäftsordnung nur bei Wahlen vorgesehen sei, hieß es auf APA-Anfrage in der SPÖ. Einstimmig angenommen wurde ein SP-Antrag, wonach sich die Stadt im Sinne der involvierten Firmen um die zeitgerechte und vertragsgemäße Ausführung und Bezahlung der Arbeiten bemühen soll. (APA)